

Volks-Zeitung

Bremen besetzt.

„Ohne erhebliche Schwierigkeiten!“

Wie die P. P. N. soeben erfahren, ist der Einmarsch der Truppen heute früh ohne erhebliche Schwierigkeiten in Bremen erfolgt. Es scheint daher, daß sich die Wiedereinnahme der Stadt durch die organisierte militärische Macht der deutschen Republik ohne große Hindernisse durchgeführt werden kann, wenn die Putschisten einen energischen Willen sehen.

Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Bremer Arbeitern sind gescheitert. Die Volksbeauftragten bestehen auf einer Bremer Regierung, die auf Grund der Wahlen zur Nationalversammlung zustandekomme soll, also auf einer wahrhaft demokratischen Regierung, einem Volksrat, wie ihn alle deutschen Bundesstaaten erhalten. Die Bremer Arbeiter wollen nur eine Regierung erhalten. Die auf Grund der Wahlen zum A. und S. Rat zustandekomme soll; sie wollen also eine undemokratische Klassendiktatur vermeiden. Eine demokratische Regierung konnte sich hierauf nicht einlassen.

Auch die Entlassung durch die Hamburger und Bremer Arbeiter Truppen begünstigt bei der Reichsregierung erhebliche Bedenken. Sie scheint diese Truppen nicht für energisch genug zu halten, daß sie die Entlassung geordnet und dauernd durchführen. Und doch steht die geordnete Lebensmittelförderung Deutschlands. Gerade darum aber hat sich Spartacus Bremen und Hamburg und andere Seestädte als bevorzugte Tätigkeitsgebiete ausgesucht, nachdem er in Berlin Kapitalisten suchte. Indem er hoffte, daß ein eingehende übersehbare Lebensmittelförderung zu können, gedenkt er, auf solche Weise dem deutschen Volke seine Diktatur aufzuzwingen und das erpressen zu können, was man ihm freiwillig nicht gewährt. Darum war äußerste Energie notwendig. Glücklicherweise ist es in Bremen ohne erhebliche Schwierigkeiten abgelaufen; es ist zu hoffen, daß es auch in Hamburg ähnlich ablaufen wird. Die Sicherheit der Lebensmittelförderung muß unter allen Umständen gewährleistet werden, wenn wir nicht verhungern wollen.

Interessant ist die Mitteilung der P. P. N., daß die Bremer Mehrheitssozialisten, die um des lieben Friedens willen einen Vermittlungsvorschlag zwischen den Extremen und der Division Gerstenberg machten, infolge der kompromittierenden Unzuverlässigkeit und Halsstarrigkeit der Linksradikalen am Montag beim Einmarsch der Division Gerstenberg notwendig die den Einmarsch für unbedingt notwendig halten.

Hamburg, 4. Februar.
Anschließend ist beabsichtigt heute in Hamburg die Demaffäre der Arbeiterzeitung in Angriff zu nehmen, die in 14 Werbetagen durchgeführt werden soll. Die Haltung der Truppen wird als nicht einseitig bezeichnet: Ein großer Teil soll sich geweigert haben, nach Bremen zu marschieren, einige haben aber anscheinend der Aufforderung Folge geleistet.

Ein Putschversuch gegen Weimar.

Gotha, 4. Februar.
Ein Aufgebot des hiesigen unter dem Einfluß der Unabhängigen Sozialdemokraten stehenden Militärs in Höhe von annähernd einer Kompanie begab sich heute abend nach Weimar. Einzelnen Offizieren fehlten auch die üblichen „Matrosen“ nicht unter der Infanterie, auch verschiedene mit Karabinern ausgerüstete Zivilisten sah man unter den Soldaten. Die letzteren führten auch eine Anzahl von Maschinengewehren mit sich. Wie aus Gesprächen zu entnehmen war, sind auch Truppen aus Eisenach und Erfurt nach Weimar unterwegs, wobei von Erfurt aus auch Artillerie ausmarschieren soll. Die hiesigen Truppen waren sehr gut ausgerüstet und nahmen allen Anschein nach auch weit mehr Schusswaffen mit, als zu ihrer eigenen Ausrüstung nötig waren.

Unveränderte Lage in Braunschweig.

Dr. Jasper wieder freigelassen.
Braunschweig, 4. Februar. Der Telegraphen-Union wird berichtet: Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete und Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, Rechtsanwalt Dr. Jasper, der unter dem Verdacht verhaftet worden war, mit starken Kräften zusammengearbeitet zu haben, deren Zweck der Sturz der braunschweigischen Regierung mit Hilfe militärischer Macht ist, ist wieder freigelassen worden. Die Lage in Braunschweig hat nach seiner Verhaftung erfahren.

Generalstreik des Bürgertums in Düsseldorf.

Düsseldorf, 4. Februar.
Die Zustände, die sich in Düsseldorf unter der Herrschaft der Spartacus-Leute herausgebildet, haben nunmehr dazu geführt, daß die Düsseldorf-Bürgererschaft den Weg der Selbsthilfe beschritten hat. In die jetzigen Düsseldorf-Rathgeber ist ein heute nachmittag 3 Uhr ablaufendes Ultimatum gerichtet worden: Seitens des Volkstages der Beamten- und Arbeiterverschüsse und der öffentlichen Behörden Düsseldorf, der Ärzte, Apotheker, Baubeamten, der kaufmännischen Vereine, der vereinigten Düsseldorf-Genossen, der Rechtsanwältinnen,

Der Friede und die Internationale.

Der erste Tag der Berner Konferenz.

Branting führte in seiner Rede u. a. folgendes aus: Der Krieg, der die Welt verheert hat, war nur möglich, innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die immer bestrebt war, die Internationale abzuwickeln. Die Versuche, welche bis zum letzten Moment gemacht wurden, die Internationale zum gemeinsamen Widerstand gegen den Krieg zu vereinigen, sind vollständig gescheitert. Es muß jetzt an uns die Reihe sein, mit Bestimmtheit gegen den Anagnonismus, von welcher Seite er auch kommen mag, aufzutreten im Namen der gesamten sozialistischen Demokratien in Europa und einstimmig Friedensbedingungen zu fordern.

für die neuen Republiken,
während der neuen Kaiserreichen entstanden. Schon die Londoner Konferenz der Entente-Sozialisten im Februar 1915 hat betont, daß der Krieg nur gegen die deutsche Regierung und nicht gegen das deutsche Volk geführt werde. Es wäre unfair, wenn jetzt die Arbeiterklasse wegen der von ihr begangenen Verbrechen ganz verstoßen würde, und es wäre mit der Zivilisation unvereinbar, wenn die Arbeiterklasse sogar zu schwerer Arbeit verurteilt würde.

Wilson hat es unternommen, mit seinen 14 Punkten inmitten der Staatsmänner und Politiker der kapitalistischen Welt gewisse neue eine Revolution herbeizuführen, und hat statt des Rechts des Einzelnen einfach das Recht aller proklamiert. Wie Paris jetzt zum Sammelplatz der herrschenden Klassen geworden ist, so kann auch Bern als Sammelplatz der Arbeiterklassen Geltung bekommen. Bern muß die

Kontrollfunktion der Arbeiterklasse
werden, um einer möglichen Verfälschung des Wilsonschen Programms entgegenzuarbeiten. Hier in Bern werden wir auch unser Programm für den Völkerverbund aufstellen.

Was die territorialen Fragen, die die Welt beunruhigen, anbetrifft, so ist auch hier im Rahmen der Möglichkeiten, die die Arbeiter aufgestellt haben, ein Ausgleich ohne Bitterkeit möglich. Wilson hat auf Grund seiner vierzehn Punkte dagegen protestiert, daß Völker und Provinzen von Oberherrschafft zu Oberherrschafft verschickert werden können. Die sozialistischen Arbeiter erheben energischen Protest gegen denartige Versuche. Ich warne die Sieger davor, den Sieg zu mißbrauchen und dadurch neue Konflikte hervorzurufen. Ich warne die jungen Nationen davor, in ihrem ersten Rausch weiter zu gehen als Wilson ist.

Branting betonte, daß in dem Friedensvertrag auch die allgemeine Arbeitererhebung

einbezogen sein müsse und fuhr fort: Unter Mißbrauch des Wortes von der Diktatur des Proletariats wird die Herrschaft für einen Minderheitsvorzug verlangt, der das Gesamtziel des Sozialismus erschwert. Wir, die wir hier versammelt sind, lehnen energisch jede Entartung ab, die nur der Arbeiterklasse Schaden und den Sozialismus kompromittieren könnte.

In der Abenddissertation ergriff zunächst der französische Abgeordnete Mitrail das Wort. Die Hauptsache sei, daß die heutige Konferenz sich mit dem Inhalt des zukünftigen Friedensvertrages befasse und gleichzeitig auch ein Wort des Grußes für die aus dem revolutionären Zustand in Deutschland, Oesterreich und Rußland hervorgegangenen Staaten sende.

Für die deutschen Mehrheitssozialisten erwiderte sodann der Abgeordnete Wels auf die Angriffe Thomas' gegen die Politik der deutschen Mehrheitssozialisten. Er rechtfertigte die Politik der deutschen Mehrheitssozialisten während des Krieges und führte den Sozialisten der Entente vor Augen,

wie es sich um die Sache des Friedens und der Menschlichkeit gehandelt habe. Wels erklärte es für unklug, wenn Thomas die Brandmarkung und den Ausschluß der deutschen Mehrheitssozialisten fordere. Wenn der Aufbau der Internationale komme, so könne er nur unter Mitwirkung der deutschen Sozialisten, hinter denen die Mehrheit des deutschen Volkes stehe, Thomas habe darauf hingewiesen, daß in Paris imperialistische Strömungen am Werke seien, es sei deshalb Pflicht der Sozialdemokratie, vorwärts und nicht rückwärts zu schauen. Die deutschen Sozialisten hätten bewirkt, daß die internationale Konferenz vor dem Krieg in Staat aufgebaut und können nicht mehr als Vertreter des absoluten Deutschlands, sondern als Vertreter der sozialistischen Republik, die mit dem Achtstundentag und mit dem freiesten Wahlrecht der Welt die Hauptforderungen der Sozialdemokratie verwirklicht habe. Als alles versagt habe, und der Krieg ausbrach, habe die deutsche Sozialdemokratie sich zu ihrem Volke gestellt. Die deutschen Sozialisten wollten nicht, wo Unrecht geschehen sei, das Unrecht gern anerkennen;

sei ein Vertragsbruch gewesen und müsse seine Sühne finden. Das erklärte er feierlich vor der gesamten Internationale. Dann brachte Wels seine Anklagen gegen die Entente vor, ihren Hungerkrieg gegen deutsche Frauen, Greise und Kinder, der 700 000 Tote gefordert habe, und deren Kriegsführung den deutschen Mehrheitssozialisten zum großen Teil die Krämpfe aus der Hand geschlagen habe, die sie gegen den U-Bootkrieg besaßen.

Thomas habe darauf hingewiesen, daß die deutschen Mehrheitssozialisten mitschuldig am Frieden von Brest-Litowsk seien. Er müsse Thomas fragen, wo denn die französischen Sozialisten gewesen seien, als die Friedensverhandlungen um acht Tage verschoben wurden, damit die ganze Welt am Frieden teilnehmen. Damals, als die französischen Sozialisten nicht gekommen waren, damals hätten sie, den Frieden von Brest-Litowsk bilden den herannahenden deutschen Sozialisten bekämpft. Wenn Thomas frage, wo die deutschen Sozialisten bei Brest-Litowsk gewesen seien, so müsse er fragen, wo die französischen Sozialisten bei der Festschließung der Waffenstillstandsbedingungen geblieben seien, die härter als der härteste Friedensvertrag seien, der jemals einem Volke aufgezwungen wurde. Das deutsche Volk wolle einen Rechtsfrieden schließen, und erwarte die Durchführung dieses Rechtsfriedens von der Macht des Proletariats. Es werde aber in seinem Glauben an die Macht des Sozialismus getäuscht werden, wenn der Rechtsfrieden sich in einen Machtfrieden verwandeln sollte, der kein zu neuen Kriegen legen würde. Die deutschen Mehrheitssozialisten lehnten die Verantwortung dafür ab. Sie schienen sich nach der Zusammenarbeit mit ihren Freunden in den Ententeländern. Die Ententegenossen müßten der deutschen Sozialdemokratie helfen. Das sie in ihrem Lande weiter wirken könnten für den Sozialismus, im Geiste der Menschlichkeit und Brüderlichkeit.

Bern, 3. Februar. (Schweizerische Depeschen-Agentur.) Die Gewerkschaftsvertreter auf dem internationalen Sozialistensongress in Bern haben sich dem Programm von Leeds und Bern den einzelnen Gewerkschaften zu überlassen sind. Die Frage der Fusion der Organisationen des internationalen Gewerkschaftsbundes soll auf einer Konferenz in Bern geregelt werden. Die erste gemeinsame Sitzung soll Mittwoch, 5. Februar, im großen Saale des Berner Volkshauses stattfinden.

Ein Appell an die Konferenz.
Dem Bruder Karl Liebknecht, Theodor Liebknecht, wurde, wie die „Republik“ meldet, der Keisler nach der Schweiz von der Regierung verweigert. Daraufhin hat er das folgende Telegramm an nach Bern gesandt:

„Internationale Sozialistenkonferenz, Bern.
Erblicke Hilfe der Internationale gegen Versuch der unglücklichen Ebert-Regierung, durch Anknüpfen gemeinsamer Unterstützung zu verhindern, und protestiere beim Anknüpfen meines Vaters und ermordeten Bruders gegen Zulassung ihrer Handlanger zur Konferenz. Kommen unmöglich, da ich trotz Mandats von Regierung zurückgehalten.“
K. Liebknecht.

Wir halten es nicht für sehr geschickt, daß in dieser Weise aus dem Tode Liebknechts ein internationaler Standfall gemacht wird. Wir meinen vielmehr, daß der Regierung Ebert-Scheidemann selbst am allermeisten an einer völligen Aufklärung des Sachverhalts liegt.

der Presse und anderer bürgerlicher Gruppen, in welchem die Forderung nach absoluter Presse- und Versammlungsfreiheit gestellt wird. Ferner wird die Gewähr der freien und ungehinderten Wahl zur Stadtverordnetenversammlung und die Anerkennung des Ergebnisses dieser Wahl verlangt.

Aufbruch im Ruhrgebiet.

Verhängung des Belagerungszustandes.
Essen (Ruhr), 4. Februar. (Privat.)

Die Verhältnisse im Ruhrrevier spigen sich immer mehr zu. Die Streikbewegung nimmt kein Ende und gewinnt immer mehr eine radikalere Richtung. Seit einigen Tagen wird auf sämtlichen Schächten der Zeche „Zollverein“ gestreikt, weil die Verwaltung die Bezahlung aller Streikschichten seit Beginn der Revolution verweigert. Auf den Zechen Rheinische und Alma

ist, nachdem es zu erheblichen Ausschreitungen gekommen war, heute die Arbeit wieder aufgenommen worden. Auf dem Zechen Concordia (Oberhausen) kam es zu Plünderungen der Magazine und Läden, so daß der Arbeiter- und Soldatenrat den Belagerungszustand verhängte. Schulische Verhältnisse spielten sich abrigens auch auf einer ganzen Reihe anderer Zechen ab, so auch auf den verschiedenen Hartener Zechen und auf der Zeche Rontscheid.

Der neue sächsische Gesandte in Berlin. Wie der „Dresdener Anzeiger“ zuverlässig erzählt ist der frühere Minister des Innern, Koch, zum sächsischen Gesandten in Berlin ernannt worden.

Der Urheber der Armeniergrenz entlofen. Nach einer telegraphischen Meldung aus Athen ist der Ergouberneur von Tharbesir, Reschid Bei, der angeblich der Urheber der Entlofen unter den Armeniern sein soll, aus dem Gefängnis entflohen.